

Beschluss des Kantonsrates zum Postulat KR-Nr. 113/2020 betreffend Potenziale des Mobilitäts- und Parkierungsmanagements nutzen

(vom)

Der Kantonsrat,

nach Einsichtnahme in die Anträge des Regierungsrates vom 30. August 2023 und der Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt vom 14. Mai 2024,

beschliesst:

I. Das Postulat KR-Nr. 113/2020 betreffend Potenziale des Mobilitäts- und Parkierungsmanagements nutzen wird als erledigt abgeschlossen.

Minderheitsantrag Florian Meier, Franziska Barmettler, Markus Bärtschiger, Andreas Hasler, Felix Hoesch, Rosmarie Joss, Thomas Schweizer (in Vertretung von David Galeuchet):

I. Der Regierungsrat wird zur Erstellung eines Ergänzungsberichts im folgenden Sinn innert sechs Monaten nach Verabschiedung des Geschäftes im Kantonsrat beauftragt.

II. Mitteilung an den Regierungsrat.

Zürich, 14. Mai 2024

Im Namen der Kommission

Der Präsident: Der Sekretär:
Andreas Hasler Daniel Bitterli

* Die Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt besteht aus folgenden Mitgliedern: Andreas Hasler, Illnau-Effretikon (Präsident); Ruth Ackermann, Zürich; Ueli Bamert, Zürich; Franziska Barmettler, Zürich; Markus Bärtschiger, Schlieren; Sarah Fuchs, Meilen; David Galeuchet, Bülach; Felix Hoesch, Zürich; Rosmarie Joss, Dietikon; Florian Meier, Winterthur; Ueli Pfister, Egg; Sonja Rueff, Zürich; Daniel Sommer, Affoltern a. A.; Paul von Euw, Bauma; Urs Wegmann, Neftenbach; Sekretär: Daniel Bitterli.

Die Regierung wird beauftragt, darzulegen, inwiefern der Kanton seine Vorbildrolle wahrnimmt und das Mobilitäts- und Parkierungsmanagement in der kantonalen Verwaltung in allen Direktionen umsetzt und in welchen Direktionen aus welchen Gründen davon abgewichen wird. Zusätzlich soll dargelegt werden, in welchem zeitlichen Horizont das Mobilitätsmanagement weiterentwickelt und z. B. auf die Bezirks- und Rechtspflegebehörden, Anstalten und Schulen ausgeweitet werden soll.

Begründung:

In der Kommissionsberatung wurde dargelegt, dass die enge Zentralverwaltung sehr gut an den ÖV angebunden ist und daher der Anteil der ÖV-Nutzenden unter den Mitarbeitenden in der engen Zentralverwaltung sehr hoch ist. Gemäss Bericht zum Mobilitätsmanagement wird aber ausgewiesen, dass nur rund 10% der Angestellten bei den Direktionen und der Staatskanzlei in der engeren Zentralverwaltung arbeiten.

Das Postulat verlangte eine Einführung eines Parkierungs- und Mobilitätsmanagements in der gesamten kantonalen Verwaltung sowie allen kantonalen Institutionen und Anstalten. In der Kommissionsberatung konnten aber keine Angaben zu der Einführung des Mobilitätsmanagements ausserhalb der Volkswirtschaftsdirektion gemacht werden.

Durch die Umwandlung der Motion in ein Postulat wurde der Entwurf einer gesetzlichen Grundlage hinfällig. Die Postulanten sind aber davon ausgegangen, dass der Regierungsrat die Umsetzung durch einen RRB umsetzen kann und will. Zudem soll der Ergänzungsbericht neben dem Blick auf den aktuellen Stand auch einen Ausblick auf das zukünftige Handeln der kantonalen Verwaltung beinhalten.